

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 471

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. Mai 2018, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle**

Anwesend	33 Personen des Einwohnerrates 6/5 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Rolf Hohler, Walter Keller, Andreas Moldovanyi, Rebecca Moldovanyi, Christoph Pfirter, Benedikt Schmidt, Christoph Zwahlen Gemeinderat: Stefan Löw, Emanuel Trueb (abwesend ab 19.35 Uhr)
Vorsitz	Emil Job
Protokoll	Evelyne Hefti
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|--|------|
| 1. | Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“ | 3053 |
| 2. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Havarie in Pratteln“ | 3100 |
| 3. | Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Klassenzusammenlegungen Sekundarschule“ | 3101 |
| 4. | Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Standort Pfadi-Bundeslager 2021 in Pratteln“ | 3102 |
| 5. | Fragestunde | |

Begrüssung

Emil Job: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter, liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur 471. Sitzung des Einwohnerrates.

Präsenz

Es sind zurzeit 33 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- **Rücktritte aus dem Einwohnerrat per Ende Juni 2018.** Der Präsident verliest die vier Rücktrittsschreiben:
 - *Geschätzter Einwohnerratspräsident, Werte Kolleginnen und Kollegen. Schon lange stand für uns fest, dass wir unsere private Wohnsituation verändern wollten. Nach nunmehr drei Jahren vergeblicher Suche, ein passendes Objekt in Pratteln zu finden, sind wir nun in einer anderen Baselbieter Gemeinde fündig geworden. Dies führt zwangsläufig dazu, dass ich von meiner Funktion als Einwohnerrätin zurücktreten muss. Bestärkt, früher als nötig zurückzutreten, hat mich die derzeitige Debatte um die Frörschiunterführung, von der ich als alleinige Parteivertretung der CVP ausgeschlossen bin. Damit die CVP wieder eine Stimme zu diesem Thema erhält, gebe ich hiermit meinen Rücktritt zur Juni-Sitzung 2018 bekannt. Ich danke dir und meinen Kolleginnen und Kollegen für die spannenden Erfahrungen, welche ich in den vergangenen 6 Jahren sammeln durfte. **Andrea Klein***
 - *Geschätzter Einwohnerratspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Irgendwann hat bekanntlich alles ein Ende und so möchte ich hiermit meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende Juni 2018 bekanntgeben. Eine längere Abwesenheit im Sommer/Herbst 2018 sowie der geplante Wegzug aus Pratteln setzen den logischen Schlusspunkt unter eine interessante und lehrreiche Zeit, für die ich allen Ratskolleginnen und –kollegen insbesondere natürlich meinen Fraktionskollegen danken möchte. Konstruktive Diskussionen fanden dabei genauso ihren Platz wie manchmal zähflüssige und nervige Grabenkämpfe, letztlich aber die notwendige Basis für einen unumgänglichen Konsens. Ich wünsche Euch weiterhin viel konstruktives, sachbezogenes und pragmatisches Politisieren zum Wohle Prattelns. Mit freundlichen Grüssen. **Dieter Schnetzer***
 - *Werter Präsident, lieber Emil. Nach etwas mehr als 16 Jahren durfte ich im Einwohnerrat und in diversen Kommissionen mitwirken. Schon bei der letzten Wahl habe ich mich entschlossen, per 30. Juni 2018 zurückzutreten. Ich wünsche dem Rat weiterhin faire, interessante Debatten und gute Entscheide zum Wohle von Pratteln. Mit freundlichen Grüssen. **Werner Graber***
 - *Geschätzter Präsident werte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wie ich schon im Oktober 2013 bei meinem ersten Rücktritt gesagt habe, ist die Zeit etwas Kostbares! Mittlerweile würde ich sagen, etwas SEHR kostbares, denn sie kann nicht zurück gedreht werden. In der Familie, in der Feuerwehr, im Schwingklub und in der Politik werden die Aufgaben und Präsenzzeiten immer umfassender. Vor allem in meinem Beruf, als Verantwortlicher für die Qualitätssicherung in einem grösseren KMU-Betrieb, steigen die Anforderungen stets und verbunden mit mehr Auslandsaufenthalten bleibt die Zeit für die Erledigung aller Arbeiten jedoch gleich. Aus zeitlichen Gründen, vor allem für die Familie, gebe ich hiermit erneut meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat Pratteln bekannt und gebe alle dazugehörigen Ämter per 30. Juni 2018 ab. Ich habe in meiner Zeit als Einwohnerrat, von den ersten Sitzungen in der Frörschi-Aula bis heute in der alten Dorfturnhalle, mit einer kleinen Auszeit von 2 Jahren, viele schöne, zum Teil anstrengende, aber auch interessante Stunden erlebt und viele neue Kontakte geknüpft, welche sicher auch nach der Zeit als Einwohnerrat Bestand haben werden. Ich werde politisch noch weiter als Vize-Präsident der SVP Pratteln aktiv sein, jedoch erneut ein Glied zurück treten und die Polit-Bühne „Einwohnerrat“ definitiv einer neuen, frischen Persönlichkeit zur Verfügung stellen. Ich wünsche allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten weiterhin viel Freude und die nötige Zeit für die Ausführung ihres Amtes für das Wohle von Pratteln. Mit freundlichen Grüssen. **Rolf Hohler***
- Der Einwohnerrats-Ausflug findet am 23. Juni 2018 statt. Die Einladungen wurden verschickt. Ich bitte um Anmeldung bis Ende Mai 2018.

Mitteilungen des Gemeinderates (gezeigt werden Folien, siehe Anhang)

- **GP Stephan Burgunder:** Ursprünglich wollten wir heute die Umsetzung der Grünflächeninitiative im Einwohnerrat behandeln. Wir sind ein Miliz-Gemeinderat und für Geschäfte mit dieser Wichtigkeit möchte ich das alle Gemeinderäte anwesend sein. Dies ist uns leider nicht gelungen. Wir bemühen uns aber, die Fristen in Zukunft einzuhalten. Die Präsentation zum Neubau des Gemeindezentrums habe ich schon lange vorbereitet und jetzt überarbeitet. Ausgangslage (Folie 1): Im April 2016 wurde der Planungskredit Coop-Parkplatz für das neue Gemeindezentrum durch das Stimmvolk abgelehnt. Im Mai 2016 beschloss der damalige Gemeinderat, dass man die Planung am bisherigen Standort vorantreibt und dazu einen Wettbewerb durchführt. Im Januar 2017 hat der jetzige Gemeinderat beschlossen, dass man eine grosse Einstellhalle will, nicht nur für die Verwaltung, eine neue Bibliothek und die Option für einen möglichen Kindergarten sind auch in die Überlegungen eingeflossen. Im Weiteren haben wir den Planungssperimeter festgesetzt. Dieser sah damals ein wenig anders aus als der heutige. Folie 2: Klar war auch, dass man die Strassenverbindung auf der Südseite zum Grossmattschulhaus aufheben und die Strasse auf der Nordseite stärken will. Der Planungssperimeter geht bis ans Grossmattschulhaus, d. h. aber nicht, dass bis dort gebaut wird. Wichtig war uns ein dass die Landschaftsarchitekten einen nahtlosen Übergang über das ganze Gebiet finden. Folie 3: Bei der Planung zum Raumbuch hat uns der Architekt Thomas Keller begleitet. Er war bereits beim Kindergartenwettbewerbsprojekt dabei. Der Organisationsberater Peter Hegi, hat schon das Raumbuch für die damals vorgesehene Gemeindeverwaltung gemacht und auf diesem Stand konnten wir weiterarbeiten. Konkret sieht das Bauvorhaben so aus: Wir planen eine Bruttogeschossfläche von 4'880 m². Der heutige Mitarbeiterbestand der Verwaltung beträgt 90 Personen. Neu soll das Gebäude für rund 110 Mitarbeiter ausgelegt werden. Dem liegen Zukunftsprogrossen und diverse Annahmen zu Grunde. Dazu gehört auch eine Gemeindebibliothek mit insgesamt ca. 460 m², inkl. rückwärtige Räume. Folie 4: Der Parkplatzbedarf für das Gemeindezentrum allein beträgt rund 45 Parkplätze. Der Wettbewerb beinhaltet, dass die Teams aufzeigen müssen, wie man ein zweites Untergeschoss realisieren könnte und wieviel 80 bis 120 Parkplätze kosten. Das werden wir effektiv als Option unterbreiten und am Schluss entscheidet der Einwohnerrat, ob ein zweites Parkgeschoss entstehen soll. Zusätzlich möchten wir eine Reservefläche (ehemalige Planung eines Kindergartens im Gemeindezentrum) für ein weiteres Gebäude, welches wir in einer ersten Phase nicht realisieren werden. Wir geben aber den Architekten, bzw. den Teams den Auftrag, dass sie eine Reservefläche für ein Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von rund 500 m² einplanen. Wichtig ist eine wirtschaftliche und nachhaltige Lösung. Architektonisch gibt es zwei Hauptthemen: Die städtebauliche Grunddisposition der Baukörper und Aussenräume und zeitgemässe, betriebstaugliche Konzeption der ganzen Verwaltung. Folie 5: Es wird einen öffentlichen Projektwettbewerb im selektiven Verfahren im Raum GATT/WTO geben. Die Teams können sich bewerben; aktuell läuft das Verfahren. Aus diesen Teams, zwingend mit einem Landschaftsarchitekten, werden neun für den Wettbewerb ausgewählt. Auch jungen Fachleuten, welche noch keine erforderlichen Erfahrungen haben, bieten wir eine Chance. Die Jury kann maximal zwei Nachwuchsteams nominieren, welche mit ihrem Projekt überzeugen können. Folie 6: Der Präsident der Jury ist Raoul Rosenmund, bereits bekannt durch das Kindergartenprojekt. Wir haben ein Fachpreisgericht und Sachpreisrichter, bestehend aus Mitgliedern des Gemeinderates und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Folie 7: Die Präqualifikation läuft bis am 11. Juni 2018. Dann werden die Teams ausgewertet und am 23. Juli 2018 ist der Start des Wettbewerbs. Dann erhalten die Teams die effektiven Bedingungen und Pflichtenhefte. Das ist auch der Grund, warum wir die Pflichtenhefte nicht im Detail bekannt geben können, denn wenn wir das Pflichtenheft hierin diskutieren, dann ist es öffentlich und wir können keinen Wettbewerb mehr durchführen. Die Informationen, welche ich heute abgebe, sind die offiziellen Informationen aus der Präqualifikation. Die weiteren Details kriegen alle Teams zusammen erst am 23. Juli 2018. Sie haben dann vier Monate Zeit und müssen das Projekt am 23. November 2018 ohne Modell abgeben. Wichtig: Nicht gefragt sind Visualisierungen. Diese sind für Experten und Architekten ein absolutes

„no-go“. Visualisierungen geben eine Farbe oder Materialisierung vor und das ist zu diesem Zeitpunkt alles noch nicht definitiv und könnten ein falsches Bild vom Projekt ergeben. Selbstverständlich gibt es Pläne und Zeichnungen, aber nicht hochstehende Visualisierungen. Sie sind beim Wettbewerb explizit nicht zugelassen. Eine Woche später müssen die Teams ein Modell in vorgegebenem Massstab abgeben, bei welchen man sieht, wie die Verwaltung aussehen soll, damit alle vergleichbar sind. Nach dem 30. November 2018 finden die Jurierung und die Publikation statt. Wir haben extra keine Termine angegeben, weil wir nicht wissen, ob es noch für den Dezember 2018 reicht. Der Sieger des Wettbewerbs erhält auch den Auftrag für die Gesamtplanung und die Ausführung des Projektes. Selbstverständlich unter Vorbehalt der Zustimmung des Einwohnerates und aufgrund der Summe, die das Volk bewilligt. Ein wichtiger Hinweis: Der Sieger bekommt vom Gemeinderat Auflagen, was man am Projekt ändern muss. Die Jury gibt eine Empfehlung ab und der Gemeinderat entscheidet abschliessend, was er geändert haben will. Ich habe immer wieder von anderen Projekten gehört, dass man nichts mehr ändern konnte. Es steht so in der Präqualifikation und wird auch in den Wettbewerbsbedingungen stehen, dass der Gemeinderat explizit noch eingreifen kann und dass dies für den Architekten bindend ist, die Änderungen so umzusetzen. Das waren meine Ausführungen und ich hoffe, dass die Informationen dem Rat geholfen haben. Viel mehr kann ich nicht sagen, aber ihr könnt mir nach der Sitzung oder auch sonst bilateral Fragen stellen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Umsetzung Tempo 30“ vom 28. Mai 2018
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Umsetzung Parkraumbewirtschaftung“ vom 28. Mai 2018

Fragestunde: Es liegen keine Fragen vor.

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3053

Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, vom 3. April 2017
- Beantwortung des Gemeinderates vom 10. April 2018

GR Urs Hess: Die Antwort des Gemeinderates haben alle bereits erhalten. Es ist uns ein riesiges Anliegen, dass unsere Feuerwehr auch tagsüber bereit steht, um uns zu (be-)schützen. Für das setzen wir uns ein. Urs Schneider hat das erkannt, weil er selber viel in der Feuerwehr ist. Wir haben das Anliegen gerne aufgenommen. Für den Ge-

meinderat ist es auch eine Herzensangelegenheit, dass wir den Leuten, welche zukünftig bei der Verwaltung arbeiten, einen Anreiz geben, damit diese Feuerwehrdienst leisten. Der Fall ist klar, wir wollen Leute, die bei der Verwaltung arbeiten und auch Feuerwehrdienst leisten. Da wir die Fragen sehr ausführlich beantwortet haben, bitte ich den Rat, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Urs Schneider (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulates. Ich bin froh, dass er ebenfalls erkannt hat, dass wir in Zukunft vielleicht Probleme bekommen könnten und dass es ihm auch am Herzen liegt. Wir haben zurzeit ca. 70 Angehörige der Feuerwehr aus 65 verschiedenen Firmen. Die Gemeinde Pratteln, als Arbeitgeber von 120 bis 140 Mitarbeitern hat leider immer noch keinen Feuerwehrdienstangehörigen, ausser einem Festangestellten. Ich habe das Postulat vor genau einem Jahr eingereicht. Im August 2017 wurde es überwiesen und jetzt haben wir Ende Mai 2018 und bisher hat noch nichts geändert. Noch immer haben wir niemanden mehr. Mir ist bewusst, dass eine Verpflichtung nicht umsetzbar ist, was auch nicht die Idee ist, weil nur diejenigen, welche mit Überzeugung Feuerwehrdienst leisten möchten, auch wirklich einsetzbar sind. Mit den Ausführungen des Gemeinderates kann ich grundsätzlich gut leben. In den letzten Jahren haben einige Leute gemerkt, welche bereits Feuerwehrdienst in der Gemeinde geleistet haben, dass das gar nicht so erwünscht ist. Ich rede hier nicht von den letzten zwei bis drei Jahren, denn ich bin schon seit 24 Jahren dabei. Immer wieder ergab es sich, dass Vorgesetzte und Abteilungsleiter ganz klar zu spüren gegeben haben, dass sie keinerlei Interessen hätten, dass Leute aus der Verwaltung oder dem Werkhof Feuerwehrdienst leisten. Ein ganz wichtiger Punkt ist, noch bevor man CHF 500 für jeden der Feuerwehrdienst leistet gutspricht, dass man es diesen Personen überhaupt ermöglicht, Feuerwehrdienst zu leisten. Ich denke nicht, dass man dafür irgendwelche Personalreglemente oder Arbeitsverträge abändern müsste. Ich glaube, keiner der jetzt Feuerwehrdienst leistet hat in seinem Arbeitsvertrag speziell vermerkt, dass er dies machen darf oder muss. Die SVP-Fraktion wird dieses Postulat als erfüllt abschreiben.

Christine Weiss: Wie der Gemeinderat sieht die SP-Fraktion die Verpflichtung der Gemeindeangestellten zum Feuerwehrdienst für inakzeptabel an. Die vorgeschlagenen Anreize empfinden wir als grosszügig und attraktiv für Dienstbereitwillige. Punkt 8 finden wir allerdings problematisch. Wenn Feuerwehrdienstwillige bevorzugt werden, ist das erstens eine Diskriminierung gegenüber 1. älteren Angestellten, 2. gegenüber Frauen und 3. gegenüber körperlich eingeschränkten Personen, welche das in dieser Art gar nicht machen können. Wir sind für Abschreibung dieses Postulates.

Dieter Schnetzer: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Sie hat Hand und Fuss. Ich persönlich finde es total daneben, hier irgendwelche Diskriminierungen zu sehen. Im Gegenteil: Leute, welche einen zusätzlichen Dienst leisten wollen, sollen gefördert werden. Da sind nicht die anderen diskriminiert. Auch können Frauen ebenfalls in die Feuerwehr. Wir stimmen im Sinne des Gemeinderates und sind für Abschreiben.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und wir stimmen der Abschreibung zu.

GR Urs Hess: Eine kleine Anmerkung: Es wird gar niemand diskriminiert. Vielleicht solltest du, Christine, das Feuerwehrreglement lesen. Da steht nämlich, dass die Feuerwehrepflicht für Männer und Frauen gilt, also ist es überhaupt kein Problem. Die Handicaperten sind im Feuerwehrreglement ebenfalls geregelt. Der Feuerwehrdienst ist hier erwünscht und nicht zwingend. Von dem her wird niemand diskriminiert und das waren auch unsere Überlegungen, denn wir wollen niemanden diskriminieren. Es wird auch nicht so sein, dass wir auf die Anstellung einer Top-Person verzichten, nur weil diese keinen Feuerwehrdienst leisten möchte und dafür jemand anstellen, nur weil diese Per-

son Feuerwehrdienst leisten würde. Diese Flexibilität können wir uns mit dem schön bewahren.

Mauro Pavan: Ich habe die Bemerkung meiner Fraktionskollegin Christine Weiss so verstanden, dass es zu einer Diskriminierung bei der Anstellung führen könnte, wenn man zwei gleich qualifizierte Leute hat und die eine Person z. B. schon 55 Jahre alt ist. Ich weiss nicht genau, wann die Dienstpflicht endet oder unmöglich ist. Dann würde die andere Person zwangsläufig bevorzugt werden, weil die erstere keine Möglichkeit mehr hat, um Feuerwehrdienst zu leisten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3053 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3100

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Havarie in Pratteln“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, vom 22. April 2018

GR Urs Hess: Frage 1: *Wie ist es möglich, dass solche Flüssigkeiten direkt in den Rhein gelangen können?* Die Platzentwässerung der Firma Leimgruber geht direkt in den Rhein. Es ist auch bei anderen Strassenentwässerungen möglich, dass sie direkt in einen Bach, in eine sogenannte Vorflut gehen. Selbstverständlich gibt es dort Schlamm-sammler resp. Ölabscheider. Das Ganze geht zuerst in diesen Ölabscheider, die leichten Flüssigkeiten bleiben oben und das Wasser geht weiter. Frage 2: *Warum sind keine Barrieren, wie zum Beispiel Sammler etc. vorhanden?* Wie schon erwähnt, gibt es Ölabscheider. Es hat auch überall Abdichtsperrren, um die Schachtdeckel zu schliessen. Auf-fangmöglichkeiten sind ebenfalls vorhanden. Die Abdichtsperrren wurden angebracht. Trotzdem ist eine kleine Menge in den Rhein geflossen. Manchmal braucht es halt Zeit, bis man vor Ort ist. Die Leute haben alle vorbildlich gearbeitet und alles gleich abge-deckt, leider geht dennoch manchmal ein kleiner „Gutsch“ ab. Frage 3: *Was für gefährli-che, giftige Stoffe werden dort auch noch gelagert und könnten durch einen Unfall direkt in den Rhein gelangen?* Bei dieser Firma handelt es sich um eine Transportfirma, welche die unterschiedlichsten Produkte transportiert. Grundsätzlich ist es nicht untersagt, giftige Produkte zu transportieren und zu lagern, sofern die entsprechenden Vorgaben einge-halten werden. Je nach Produkt und Menge gibt es verschiedene Vorschriften. Ganz klar ist, wenn viel solches Material kommt, dass es unter „Störfallbetrieb“ fällt. Die ganzen Baubewilligungen laufen über das kantonale Bauinspektorat resp. wenn es die Störfall-verordnung betrifft, ist die Mitbewilligungsbehörde auch das Sicherheitsinspektorat. Frage 4: *Was unternimmt der Gemeinderat, dass eine solche Verschmutzung nicht mehr passieren kann?* Dem Gemeinderat sind die Hände gebunden. Er kann leider nichts ma-chen. Dieses Aufgabengebiet obliegt dem Kanton und eine Havarie kann immer und überall entstehen. Nicht nur dort auf dem Platz, sondern auch auf einem Weg, bei der Eisenbahn oder sonst wo auf der Strasse kann etwas auslaufen. Unsere Zivilisation hat auch gewisse Gefahren, die herum transportiert werden. Man darf die Augen davor nicht verschliessen. Man muss diese anpacken und schauen, was man dagegen unternehmen kann, um das Risiko möglichst zu minimieren. Der Vorfall, welcher Marcial Darnuzer an-gesprochen hat, wurde der zuständigen Behörde gemeldet. Wie gesagt, die ganze Be-

willigungsbehörde ist der Kanton, das Bauinspektorat, welche die entsprechende Entwässerung so bewilligt hat zusammen mit dem Amt für Umweltschutz und Energie.

Marcial Darnuzer wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Marcial Darnuzer: Herzlichen Dank GR Urs Hess für die Beantwortung meiner Interpellation. Ebenfalls danke ich der Feuerwehr und allen anderen Einsatzkräften, die bei dieser kleineren Havarie mitgeholfen und ihre Arbeit vor Ort kompetent erledigt haben. Ich habe keine weiteren Fragen.

Die Interpellation Nr. 3100 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3101

Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Klassenzusammenlegungen Sekundarschule“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, vom 22. April 2018

GR Roger Schneider: Ich danke dem Interpellanten für die Fragen, welche er im Namen von einer Gruppe von Schülerinnen und Schüler eingereicht hat. Diese sind bereits in die Sekundarschule Muttenz zugeteilt worden. Ein Vertreter von ihnen ist heute hier anwesend. Die Gemeinde selber hat keine Kompetenzen zum Thema Klassenbildung und Zuteilung von Schülerinnen und Schüler in andere Sekundarschulstandorte, auch nicht in andere Kreise ausserhalb vom Schulkreis Rheintal. Die Gemeinde hat nichts zu sagen und auch der Schulrat wird nur in Kenntnis gesetzt. Die Klassenbildung findet beim Amt für Volksschulen statt in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen, welche die Schülerzahlen melden. Für das Schuljahr 2018/19 gab es eine kleine Reduktion, wodurch eine Klasse insgesamt im ganzen Kanton quasi aufgelöst wurde. Frage 1: *Wie viele Sekundarschüler sind dem Sekundarstandort Pratteln zugewiesen?* Die bereinigten Zahlen nach den Prüfungsergebnissen ergaben im Leistungszug P 51, im Leistungszug E 52 und im Leistungszug A 47 (inkl. Kleinklassen) Schülerinnen und Schüler. Sechs Schülerinnen und Schüler aus dem Leistungszug E (Erweitert) und sieben aus dem Leistungszug P (Progymnasial) werden der Sekundarschule Muttenz (Standort Hinterzweien) zugewiesen. Somit werden total 137 Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Pratteln zugeteilt. Zugewiesen werden von Gemeinden ausserhalb des Einzugsgebiets der Sekundarschule Pratteln keine Schülerinnen und Schüler. Frage 2: *Wie teilen sich diese auf die verschiedenen Wohngemeinden auf?* Von den total 137 Schülerinnen und Schüler, welche im Fröschi unterrichtet werden sollen, kommen 4 aus Augst, 13 aus Giebenach und 120 aus Pratteln. Frage 3: *Ist zukünftig für Pratteln mit weiteren solchen Verschiebungen zu rechnen?* Ja. In den letzten acht Jahren mussten aufgrund der Klassenbildung viermal Schülerinnen und Schüler einem anderen Standort zugewiesen werden. Einmal haben sich zwei Freiwillige gefunden, beim zweiten Mal musste aufgrund von drei Wohnortswechseln zwischen dem Klassenbildungstermin und dem Zuweisungszeitpunkt doch niemand zugewiesen werden und beim dritten Mal waren es 6 Schülerinnen und Schüler (welche den Brief an den Einwohnerrat unterschrieben haben). In diesem Jahr werden es 13 Schülerinnen und Schüler sein. Frage 4: *Was sind die Treiber und wie ist die Tendenz?* Entscheidend für die Klassenbildung ist letztlich immer die Vertei-

lung in die drei Leistungszüge. Wären in diesem Jahr 7 Schülerinnen und Schüler statt dem Leistungszug P dem Leistungszug E zugeteilt worden, dann hätten wir aus den 44 P Schülerinnen und Schülern zwei Klassen und aus den 60 E Schülerinnen und Schülern drei Klassen bilden können. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird in einigen Jahren die Zuweisung eher von Muttenz in Richtung Pratteln erfolgen, da mit dem begrenzten Schulraum in Muttenz und dem Neubau auf dem Schulareal Fröschmatt der Reserveraum im Schulkreis Rheintal künftig in Pratteln sein wird. Das wird aber noch ein paar Jahre dauern. Eine genaue Jahreszahl kann ich hier nicht nennen, wenn der Bau fertig sein wird. Das ist auch vom Kanton abhängig. Der Landrat muss dieser Vorlage ja zustimmen. Frage 5: Wie gedenkt die Gemeinde die Situation für Prattler Schüler zu verbessern oder eine Umverteilung zukünftig zu verhindern? Der Gemeinderat hält die jetzige Regelung für zumutbar. Die 12 Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr betroffen sein werden, kommen aus zwei Primarschulklassen. Ein im Sommer zuziehendes Kind ist das 13. und wird direkt nach Muttenz zugewiesen. Einmal 5 aus der einen und einmal 7 Kinder aus der anderen Primarschulklasse können als Gruppe den Schulweg zurücklegen. Der Schulweg nach Muttenz beträgt durchschnittlich ca. 14 Minuten (mit ÖV oder Velo). Im Vergleich zum Schulweg ins Fröschmatt haben die 13 Jugendlichen durchschnittlich 7 Minuten länger nach Muttenz. Ein Schulweg dieser Länge erlaubt sogar, über Mittag nach Hause zu gehen. Frage 6: Welche Möglichkeiten bestehen, dass sich die Gemeinde an den Mehrkosten für den längeren Schulweg beteiligt? Frage 7: Wie kann eine solche solidarische Beteiligung mit einem möglichst geringen administrativen Aufwand umgesetzt werden? Der Kanton übernimmt weder Beiträge zu Verpflegungs- noch Wegkosten. Die Schulwege sind zudem per Velo gut zu bewältigen. Von einer Übernahme der Kosten durch die Gemeinde wird im Moment abgesehen.

Patrick Weisskopf wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Patrick Weisskopf (Interpellant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Anfrage. Die Antworten waren sehr ausführlich und man ersieht aus den Zahlen, dass wir eine steigende Tendenz haben. Man sieht aber auch, dass Sachen am Laufen sind. Es trifft systematisch einige wenige und für mich war die grosse Frage, was in Zukunft in Pratteln passiert. Wir haben ein sehr grosses Wachstum in der Längi und in Augst und eine Verdichtung im Dorf und Pratteln Nord. Wir bauen Kindergärten und neue Schulhäuser. Pratteln ist zum Wohnen attraktiv. Was macht der Kanton was passiert mit dem Sekundarstandort Pratteln? So wie ich GR Roger Schneider verstanden habe, wird der Kanton in Pratteln ausbauen, d. h. wir werden hier mehr Platz haben und in Muttenz herrscht in Zukunft Platzmangel. Das ist für die Prattler eine relativ gute Situation, wenn das auch so eintrifft. Wir werden hier mehr Schüler haben und brauchen dementsprechend auch mehr Schulraum. Normalerweise geht man davon aus, dass Kinder und Jugendliche die Schule am Wohnort besuchen können, sofern die entsprechende Schulstufe von der Gemeinde angeboten wird. Je nach Wohnquartier stellt man sich auf die Länge des Schulweges ein und wenn dieser in einer anderen Gemeinde ist, ist es selbstverständlich, dass man einen längeren Weg hat. Aus dem Brief ersieht man, dass es halt doch nicht zu vernachlässigen ist, was so eine Zwangsversetzung für Kinder und Jugendliche bedeutet. Diese Kinder waren in Pratteln integriert, hatten ihre Kollegen und „Gspänli“ sowie auch Vereinsfreunde. Was heisst das für die Eltern: An Ostern bekommen die Kinder eigentlich immer die Anfragen zur Zuweisung, ob jemand bereit ist, freiwillig wegzugehen. Das führt bei vielen Eltern und Schülern zu Verunsicherungen. Selten meldet sich jemand freiwillig. Insgeheim hofft jeder, dass der Kelch an einem vorbeigeht und es einen anderen trifft. Im Mai ist dann die Zuteilung erfolgt. Aufatmen bei den Eltern, die es nicht getroffen hat und Frust bei den anderen. Teilweise wohnen diese zwei Minuten vom Schulhaus entfernt, müssen dann aber den viel längeren Schulweg auf sich nehmen. Man versucht aus der Situation das Beste zu machen und überzeugt die Kinder, dass alles nicht so schlimm ist und kauft ihnen Velos. Das will man so oder so, denn das ist ja auch gut für die Gesundheit und man zählt die Vorteile des neuen Standortes auf. Aber die Kinder bedrückt dann doch etwas anderes: Das Wetter; man

schwitzt und im Winter ist es kalt, eisig und hat Schnee und der Radweg ist unbeleuchtet. Darum wünschen sich die Kinder, mit dem ÖV zur Schule gehen zu können. Die Kosten hängen aber bei den Eltern. Das Kriterium war der ÖV und ich glaube, genau hier müssten wir ansetzen, um zu fragen, was wir als Gemeinde machen könnten. Wenn wir die Situation von Pratteln betrachten, dann sind wir nicht im Kurzstreckenbereich. Wenn man gelegentlich bei schlechtem Wetter das Tram benutzen möchte, merkt man sehr schnell, dass die Einzelfahrt relativ teuer ist, denn es sind zwei Zonen. Vielleicht gäbe es Möglichkeiten, mit der BVB Kontakt aufzunehmen und nachzufragen, ob Pratteln nicht auch in die stadtnahe Zone hineinkommen könnte. Dann könnten die Kinder und Jugendlichen bei schlechtem Wetter sehr einfach das Tram nehmen. Ansonsten wäre das Anbieten eines Streckenabo eine mögliche Lösung. Das sind die Ansätze, wo die Gemeinde gefordert ist, um das Ganze für die betroffenen Eltern und Kinder zu erleichtern.

Eva Keller: Beim Durchlesen der Interpellation musste ich ein wenig schmunzeln. Sie erinnert mich sehr an mein Budgetpostulat aus dem Jahr 2012. Für den Voranschlag für das Jahr 2013 habe ich damals um eine finanzielle Unterstützung für Familien von Zwangsverschiebungen aus der Sekundarschule Pratteln gebeten. Notabene war meine Familie damals nicht betroffen. Mein Postulat wurde damals hochkant mit 8 Stimmen abgelehnt. Das waren nur die Stimmen aus meiner Partei. Wir bekamen keine Unterstützung, als wir probieren wollten, dies einzuführen. Da uns die Zwangsverschiebungen immer noch ein Dorn im Auge sind, stehen wir dieser Interpellation, welche indirekt ja von Schülerinnen und Schülern gekommen ist, sehr positiv gegenüber. Ich weise noch für das Protokoll auf folgende Schwerpunkte hin: An einer solidarischen, finanziellen Unterstützung seitens Pratteln, was ja eigentlich Sache des Kantons wäre, gerade beim Thema Bildung hapert es dort sowieso. Das Standortmarketing verbessert sich doch, wenn die Familien in den Einwohnergemeinden ernst genommen werden und das ohne darauf hinzuweisen, dass der Kanton zuständig ist, denn das können wir langsam nicht mehr hören. Gerade der Kanton, welcher ohnehin alles kaputt spart. Denkt doch daran: Es sind unsere Kinder, welche abgeschoben werden. In einer enorm wachsenden Gemeinde ist dies eigentlich wirklich ein „no-go“. Schade, dass sich der Gemeinderat schon wieder negativ dazu äussert.

Die Interpellation Nr. 3101 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3102

Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Standort Pfadi Bundeslager 2021 in Pratteln“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, vom 23. April 2018

GR Urs Hess: Liebe Eva, du weisst ja, wie fest ich mit der Pfadi auch heute noch verbunden bin. Dein Vorstoss stösst auf offene Ohren. Wir möchten das Postulat entgegennehmen und werden es auch prüfen, aber da kommt eine riesige Arbeit auf uns zu und hier ist auch der Verein gefordert. Auch reicht die Fläche leider nicht, denn das Schwingfest ist nicht so gross. Das Pfadi-Lager findet ein Jahr vor dem Schwingfest statt, d. h. man müsste die Arbeiten zwei Jahre vorher machen können, zumindest auf dem Hauptgelände und somit ist das Hauptgelände ausser Rand und Traktanden um überhaupt etwas zu machen. Das Festgelände in der Hülften reicht nicht. Dann hat es noch zwei Bauern, welche im Einwohnerrat sind, welche du fragen kannst, ob sie bereit sind, auf

nochmals ein Jahr Ertragsausfall. Das Postulat ist berechtigt und es freut mich, wenn man für die Pfadi schaut, deshalb nehmen wir es entgegen.

Eva Keller (Postulatin): Ich danke GR Urs Hess für sein Votum das Postulat entgegenzunehmen. Der Rat hat von mir schon eine ziemlich gute Dokumentation erhalten. Auf der Rückseite meines Postulates findet ihr die erste Ausschreibung. Einige von euch haben sicher auch den Presseartikel in der bz gesehen und darum möchte ich mich nicht in Details verweilen, sondern kurz halten. In der Zwischenzeit habe ich noch interessante Gespräche geführt im Bereich Schwinger, Pfadi, Pro Natura und auch mit einem Landwirt. Synergien nutzen wird von allen als einen guten Standpunkt betrachtet. Die Pfadibewegung ist im Baselbiet und auch in Pratteln sehr gut verankert. Auch wegen der Grösse haben wir uns Gedanken gemacht. Bei solchen Bundeslagern (BuLa) gibt es auch immer relativ viele Unterlager. Da gäbe es auch in unserer Umgebung viele Möglichkeiten. Der Kantonalverband äussert sich sehr positiv und fände es eigentlich „cool“, wenn in Stadtnähe ein BuLa stattfindet. Zum Betriebsausfall der Landwirte: Ich meine, dass man dann einfach die Fruchtfolge richtig planen muss und es ausserdem wird es auch von der Pfadi auch Ersatzgeld geben. Weiter weise ich darauf hin, dass ein Postulat „prüfen und berichten“ bedeutet. Das hat GR Urs Hess bereits gesagt. Mit der Überweisung ist weder ein Zelt aufgebaut noch trampelt irgendwer auf den Feldern herum. Ich schätze es sehr, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will, weil ich finde, dass der Anlass und das Postulat es wert sind, überwiesen zu werden. Der Standort für das Pfadi-Bundeslager im Jahr 2021 hat eine Chance verdient. Es wäre wirklich schade, wenn mit einem Nein die Idee in der Schublade verschwindet. Grundsätzlich ist es nämlich eine gute Idee, zwei Anlässe und nur einen Standort zu belasten; ein Mehrwert für die Natur. Weiter spricht für das BuLa in Pratteln das Logistikcenter, welches man auf dem alten Coop-Areal (Zentrale Pratteln) einrichten könnte, also bei „Raum auf Zeit“. Regionale Partner werden berücksichtigt und auch Hotels könnten davon profitieren. Weiter kämen auch unsere kmu (kleine und mittlere Unternehmen) auf jeden Fall zum Zug. Von einer anderen Region habe ich gehört, dass sich sogar der Gewerbeverband sehr dafür einsetzt, dass das BuLa in ihre Region kommt. Alle Pfadfinder in der Leitung und Geschäftsführung erwähnen, dass es sehr interessant wäre, ein BuLa in Stadtnähe durchzuführen; schon alleine wegen dem Spektrum und verschiedenen Arten von möglichen Ausflügen und Wanderungen. Wer kann schon bei einem BuLa Rheinschwimmen anbieten? Das wäre das beste Standortmarketing für Pratteln und das gleich zwei Mal mit unterschiedlichem Publikum. Ich danke dem Rat für die Überweisung meines Postulates.

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion teilt grundsätzlich die Bedenken, welche der Gemeinderat geäussert hat. Wir sind aber der Meinung, dass dieses Anliegen es wert ist, genauer geprüft zu werden und dass wir darauf gerne eine Antwort hätten. Darum sind wir für überweisen des Postulates und sind gespannt auf die Antwort.

Urs Schneider: Dieses Anliegen ist wirklich prüfenswert und es wäre toll, aber es ist schlichtweg nicht durchführbar in Pratteln. Man macht den genau gleichen Fehler wie Aesch bei der Planung zum eidgenössischen Schwing- und Älplerfest, denn man hatte die Bewirtschafter nicht mit im Boot. Dieser Schuss ging nach hinten los. Man hätte vorgängig nicht nur mit einem Bauern sprechen sollen, sondern mit allen. Die benötigte Fläche für das BuLa beträgt 1,2 km². Das Schwingfest braucht nicht einmal ein Drittel dieser Fläche. Auch anderen Flächen wird man schwer zur Verfügung gestellt bekommen, weil Kulturland einfach nicht für zwei resp. drei Jahre zum Teil brachlegen kann. Das wollen die Bewirtschafter einfach nicht. Das tut mir wirklich leid. Erschwerend kommt hinzu, dass man für das eidgenössische Schwingfest gewisse Vorarbeiten ausführen muss, welche auch für das BuLa gebraucht würden, d. h. im Bereich des Stadions ist Rasen vorgesehen. Wenn aber im Jahr davor das Pfadilager drauf war, kann man den Rasen gleich nochmals neu machen. Das ist einfach so, kann man nicht weg diskutieren und ist auch kein Vorwurf an die Pfadi. Die SVP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Patrick Weisskopf: Grundsätzlich findet die Fraktion der Unabhängigen und Grünen das Postulat eine gute Idee, auch dass man versucht, Synergien zu nutzen. Was uns aufgefallen ist, dass es nicht im gleichen Jahr stattfindet. Wir hätten uns gewünscht, dass die Anlässe im gleichen Jahr stattfinden, denn dann hätte man den effektiven Nutzen, die vorhandene Infrastruktur länger zu benutzen und der Schaden wäre nur einmal da. Auch haben wir festgestellt, dass das Ganze vorab nicht mit den Landbesitzern abgesprochen wurde. Das wäre sicher die erste Voraussetzung, dass diejenigen, welche das Land bewirtschaften, so einer Nutzung zustimmen können. So wie ich das hier mitbekommen habe, ist diese Synergie nicht da resp. hat Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Betrieb. Somit ist es für uns schwieriger, dieser Sache zuzustimmen. Sehr gut finde ich den Hinweis auf das Gewerbe, das ebenfalls profitieren könnte (Thema Standortmarketing). Die Idee finden wir grundsätzlich sehr gut, aber leider findet es im falschen Jahr statt.

Mattias Nebiker: Ich habe mir mal die Fläche angeschaut, gerechnet und zusammengezählt. Insgesamt komme ich auf eine Fläche von 1,3 km², welche man rein theoretisch unter den Pflug nehmen könnte, wo es auch möglich wäre, eine Kunstwiese anzusäen und das Lager darauf stattfinden könnte. Für das Lager brauchen wir 1,2 km², wobei dann alle Bauern mitziehen müssen. Sämtliche Flächen würden für die Landwirtschaft in diesem Moment nicht verloren gehen, aber sie können auch nicht anders genutzt werden. Also macht es ein Stückweit keinen Sinn, dieses Postulat zu überweisen, möchte aber betonen, dass ich persönlich nichts gegen die Pfadi habe. Ich war selber mal bei der Jungschar. Die Pfadi ist eine gute Sache, aber das Ganze ist einfach eine Nummer zu gross.

Kurt Lanz: Ich finde es toll, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will, um zu prüfen und zu berichten. Es gibt ganz viele Leute, die das Gefühl haben, dass es auch schräg ist, dass in Basel das Jodlerfest stattfindet. Trotzdem wird das Basel gerne durchführen. Sie finden es toll, wenn in Stadtnähe, wo man sonst nicht so viel mit dieser Art von Kultur hat, das auch mal erleben kann. Ein klein wenig sehe ich Parallelen zum Pfadi-Bundeslager, weil es in unserer Gegend ja nicht wirklich wahnsinnig viel passiert. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass der Gemeinderat dies abklären soll. Ich glaube übrigens auch, Urs Baumann hat Recht, dass es schon ein bisschen speziell ist, wenn man irgendetwas beschliesst, ohne dass man die Bauern fragt. Vielleicht könnte man das mit den Abklärungen machen. Es ist ja noch nichts beschlossen, sondern nur mal eine Frage. Vielleicht stellt man am Schluss sogar fest, dass ein Teil von ihnen mitmachen würde. Dann hat man sie nicht verärgert, denn man fragt sie ja, weil Eva Keller eine Idee in die Öffentlichkeit gebracht hat. Wie sonst soll denn das passieren? Im Weiteren bin ich nicht ganz sicher, ob wir die Grenzen so eng sehen müssen. Ich kann mir vorstellen, dass vielleicht sogar eine Kooperation mit der Gemeinde Muttenz möglich wäre. Wenn wir alle Bauernflächen von Pratteln zusammennehmen ergibt das zwar 1,3 km², was vielleicht ein wenig knapp ist, aber evtl. machen auch ein paar Bauern von Muttenz mit. Dann kann ich mir vorstellen, dass relativ nahe beieinander das BuLa stattfinden könnte. Weil diese Sachen aber noch nicht ganz klar sind und Fragen dazu vorhanden sind, bitte ich den Rat, das Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat klärt ab, macht uns am Schluss einen Bericht und kann auf die Fragen und Ideen Antwort geben. Dann wissen wir, was Sache ist.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 23 Ja zu 8 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3102 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Emil Job: Kurt Lanz bittet die GPK-Mitglieder nach der Sitzung sich bei ihm zu melden.

Die Sitzung wird um 20:10 Uhr beendet.

Pratteln, 29. Mai 2018

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Emil Job

Evelyne Hefti

Einwohnerrat Pratteln

Anhang zum Votenprotokoll Nr. 471 der Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. Mai 2018, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle.

Die nachfolgenden Folien sind Bestandteil der Ausführungen von GP Stephan Burgunder zu den Mitteilungen des Gemeinderates.

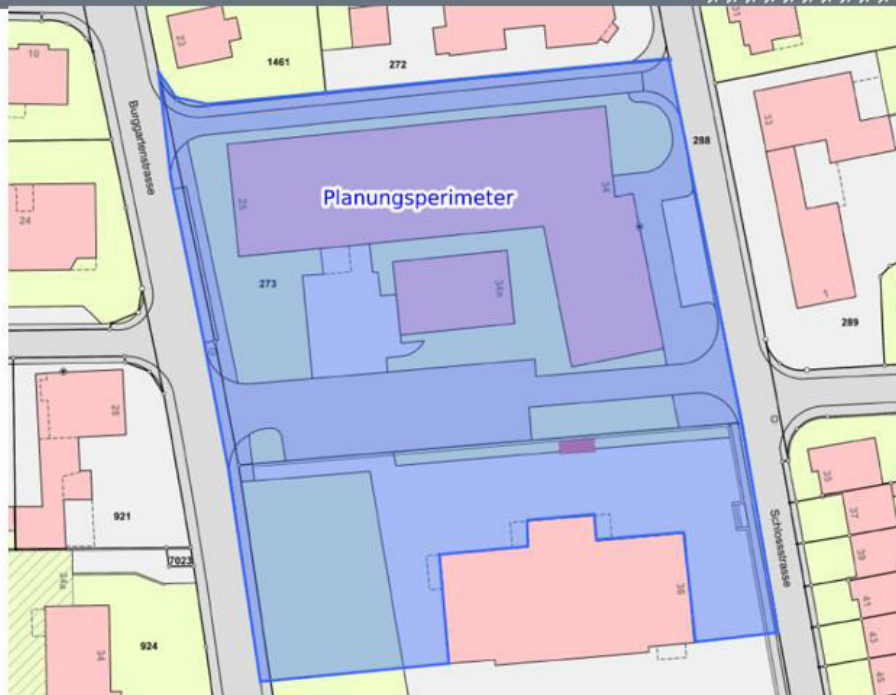
Folie 1

Ausgangslage

- **April 2016:** Der Planungskredit für die neue Gemeindeverwaltung (Coop Parkplatz) wird durch das Stimmvolk deutlich abgelehnt.
 - **Mai 2016:** Der GR beschliesst die Planung am bisherigen Standort, es ist dafür ein Wettbewerb durchzuführen.
 - **Januar 2017:** Der GR beschliesst folgende Nutzungen am neuen Standort:
 - Grosse **Einstellhalle** im Untergeschoss (nicht nur für Verwaltung)
 - **Bibliothek**
 - **Option: Kindergartennutzung**
- Der Gemeinderat beschliesst folgende **Rahmenbedingungen**
- Festsetzung des **Planungssperimeters**
 - **Aufhebung** der Strassenverbindung auf der Südseite (Grossmattschulhaus)
 - **Stärkung** der Verkehrsanbindung auf der Nordseite (Fahrbahn & Gehweg)

Folie 2

Planungsperimeter (Parz. 273, haltend 4048m²)



Folie 3

Bauvorhaben / Raumprogramm (Auszug)

Unter Beizug des **Architekten Thomas Keller** (externe Wettbewerbsbegleitung) und **Peter Hegi** (**Organisationsberater**) wurde das bereits bestehende **Raumbuch** den heute aktuellen Raumbedürfnissen **angepasst** und zu den gewünschten Nutzungen entsprechende Flächen bestimmt.

Daraus wurde das **Bauvorhaben konkretisiert**:

- **Gemeindeverwaltung** mit einer **Bruttogeschossfläche** von **4'880 m²**, der heutige Mitarbeiterbestand der Verwaltung beträgt rd. 90 Personen; die neue Verwaltung wird auf einen Bestand von gegen **110 Personen** ausgelegt.
- Die auf demselben Wettbewerbsperimeter, aber mit separatem Zugang zu erstellende **Gemeindebibliothek** umfasst 400 m² Fläche und dazu einen rückwärtigen Bereich von 60 m².

Folie 4

Bauvorhaben / Raumprogramm (Auszug)

- Die geplanten Nutzungen führen zu einem **Parkplatzbedarf** von mindestens **45 Auto-Parkplätzen**. Die Gemeinde möchte **zusätzlich klären**, ob mit vertretbarem Aufwand in Form eines **zweiten Untergeschosses** ein Beitrag an den Parkplatzbedarf im Dorfzentrum zu leisten wäre. Das Fassungsvermögen einer zweistöckigen Halle würde **80 bis 120 Parkplätze** betragen.
- Zusätzlich zu den definierten Nutzungen ist auf dem Grundstück ein **Reservevolumen** für eine noch nicht abschliessend bestimmte Nutzung von **ca. 500 m² BGF** auszuweisen. Es kann hier ein eingemieteter Dienstleistungsbetrieb oder eine zusätzliche Verwaltungseinheit untergebracht werden.
- Es ist eine **nachhaltige und wirtschaftliche Lösung** anzustreben. In architektonischer Hinsicht besteht die Aufgabe aus zwei Hauptthemen:
 - städtebauliche Grunddisposition der Baukörper und Aussenräume
 - zeitgemässe, betriebstaugliche Konzeption der Verwaltung

Folie 5

Verfahren

- Es wird ein **öffentlicher Projektwettbewerb** im **selektiven Verfahren** im Raum **GATT/WTO** ausgeschrieben
- In einem **Präqualifikationsverfahren** werden voraussichtlich **9 Teams** von Architekten und Landschaftsarchitekten für die Teilnahme **ausgewählt**.
- Um auch **jungen Fachleuten** eine Chance zu geben, kann die Jury **maximal zwei Nachwuchsteams** präqualifizieren.

Folie 6

Jury

Fachpreisrichter

- Raoul Rosenmund, Architekt, Liestal (Jurypräsident)
- Margot Meier, Architektin, Basel
- Christoph Gschwind, Architekt, Basel
- Dieter Härdi, Leiter Abteilung Bau, Verkehr und Umwelt, Pratteln
- Christian Lenzin, Landschaftsarchitekt, Liestal
- Daniel Wentzlaff, Architekt, Basel

Sachpreisrichter

- Stephan Burgunder, Gemeindepräsident
- Urs Hess, Gemeinderat
- Rolf Wehrli, Gemeinderat
- Beat Thommen, Gemeindeverwalter
- Marcel Schaub, Gemeindeverwalter Sty. und Abteilungsleiter D/S

Folie 7

Weiteres Vorgehen

- **Bis 11.6.2018: Ausschreibung Präqualifikation.**
- **23.7.2018: Start des Wettbewerbs** mit den ausgewählten Büros.
- **23.11.2018: Abgabe des Projektes** (ohne Modell)
- **30.11.2018: Abgabe Modell**
- Danach **Jurierung & Publikation**
- Sieger erhält **Auftrag für die Gesamtplanung* und Ausführung** vorbehaltlich der Zustimmung durch den Souverän

* Die Gemeinde beabsichtigt, dem Team des von der Jury zur Weiterbearbeitung empfohlenen Beitrags den Planungsauftrag für den Neubau des Gemeindezentrums zu erteilen. In der Projektwürdigung der Jury werden Empfehlungen für die Weiterbearbeitung enthalten sein. Diese können vom Gemeinderat als bindend bezeichnet werden.